

## Stadt Heidelberg

Federführung:  
Dezernat III, Amt für Schule und Bildung

Beteiligung:

Betreff:

**Einrichtung einer Wirtschaftsschule an der  
Julius-Springer-Schule in Heidelberg**

# Beschlussvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Kulturausschuss	10.01.2013	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	23.01.2013	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	06.02.2013	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

**Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

*Der Kulturausschuss und der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen dem Gemeinderat folgenden Beschluss:*

*Der Gemeinderat stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, im Rahmen der gemeinsamen Schulentwicklungsplanung mit dem Rhein-Neckar-Kreis und den Stadtkreisen Mannheim und Heidelberg, erst zu einem späteren Zeitpunkt über eine Einrichtung einer Wirtschaftsoberschule an der Julius-Springer-Schule zu entscheiden.*

## A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ 9	+ +	Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern  <b>Begründung:</b> Durch die Einrichtung einer Wirtschaftsoberschule an der Julius-Springer-Schule ab dem Schuljahr 2013/2014, wird jungen Menschen eine bessere Möglichkeit zu einer qualifizierten beruflichen und schulischen Ausbildung geboten.

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

## B. Begründung:

Es liegt ein gemeinsamer Antrag der FWV und CDU (Nr. 0073/2012/AN) zur **Einrichtung einer Wirtschaftsoberschule an der Julius-Springer-Schule in Heidelberg** vor.

Schon seit Jahren erfolgt in Abstimmung mit der Staatlichen Schulverwaltung, der Handwerkskammer, der Industrie- und Handelskammer und den Schulträgern (Stadt Mannheim, Rhein-Neckar-Kreis, Neckar-Odenwald-Kreis und der Stadt Heidelberg) für den Bereich der beruflichen Schulen eine gemeinsame „Regionale Schulentwicklung“. Dieser Schulentwicklungsprozess verfolgt das Ziel, die hohe Qualität der beruflichen Bildung an den Schulen in der Region Rhein-Neckar zu sichern und zu stärken. Daneben gilt es insbesondere auch regionalen und pädagogischen Aspekten Rechnung zu tragen.

Alle an der beruflichen Bildung Beteiligten in der Region Rhein-Neckar werden frühzeitig in den Schulentwicklungsprozess eingebunden.

Hierzu finden jährlich Regionalkonferenzen statt, bei denen für die Schulentwicklung wichtige Aspekte besprochen und abgestimmt werden. Hierunter fällt, neben der Lenkung von Schülerströmen, auch die Einrichtung berufsqualifizierender Angebote sowie Stärkung von Schulstandorten, deren Existenz bedroht ist. Einer dieser Standorte ist die Theodor-Frey-Schule (gewerbliche und kaufmännische Berufsschule) in Eberbach, die die Einrichtung einer Wirtschaftsoberschule genehmigt bekam und der, sofern eine positive Prüfung des Kultusministeriums vorliegt, eine Technische Oberschule folgen soll.

Auf der 9. Regionalkonferenz am 25. November 2011 sowie der 10. Regionalkonferenz am 19. November 2012 wurde der Antrag der Julius-Springer-Schule auf Einrichtung einer Wirtschaftsoberschule behandelt.

Hierzu wurde in den Sitzungsunterlagen nachfolgende Aufstellung durch das Regierungspräsidium Karlsruhe vorgestellt:

Wirtschaftsoberschule (WO) , Wiederholungsantrag	Julius-Springer-Schule Heidelberg	Stadt Heidelberg	1BKFW, 1BK1W
Im kaufmännischen Berufskolleg der Schule sind 17 Klassen mit 395 Schülerinnen und Schülern eingerichtet. <i>Das Regierungspräsidium Karlsruhe – Abteilung Schule und Bildung – empfiehlt die Ablehnung</i>			

*Die Begründung des Regierungspräsidiums Karlsruhe, als vorgesetzte Dienststelle, für eine Ablehnung zur Einrichtung einer Wirtschaftsoberschule an der Julius-Springer Schule ist:*

- *Es besteht kein Bedarf für die Einrichtung einer Wirtschaftsoberschule an der Julius-Springer-Schule in Heidelberg.*
- *Das Angebot und die notwendige Kapazität sind in Mannheim vorhanden, so dass Interessenten aus dem Einzugsbereich Heidelberg problemlos in Mannheim versorgt werden können (unabhängig davon, ob sie in das erste Jahr der Wirtschaftsoberschule oder nach erfolgreichem FHR-Abschluss direkt in das 2. Jahr der Wirtschaftsoberschule einsteigen wollen).*
- *Bei der Wirtschaftsoberschule handelt es sich um den zweiten Bildungsweg, den erwachsene Bewerber besuchen. Hier ist ein anderer Maßstab an die Flächenabdeckung des Bildungsangebotes anzulegen als bei Beruflichen Gymnasien.*
- *Mannheim liegt in unmittelbarer räumlicher Nähe zu Heidelberg und ist problemlos von Interessenten aus der Region Heidelberg zu erreichen.*
- *Aktuell gibt es im Regierungspräsidium Karlsruhe 4 Wirtschaftsoberschul-Standorte. Bei einem weiteren punktuellen Ausbau hätte Heidelberg wegen des Vorhandenseins des Angebots und ausreichender Kapazität in unmittelbarer Nähe/in der Region absolut keine Priorität. d.h. keine Erfolgsaussichten.*

Das Amt für Schule und Bildung der Stadt hat sich bei diesem Entscheidungsprozess für die Interessen der Schule eingesetzt, jedoch wurde eine mehrheitliche Entscheidung zur Ablehnung des Antrages getroffen. Dies geschah auch vor dem Hintergrund, dass alle anderen Anträge auf Einrichtung von Wirtschafts- und technischen Oberschulen ebenfalls negativ beschieden wurden.

Derzeit erfolgt gerade mit Beauftragung durch den Gemeinderat der Stadt Heidelberg (Drucksache 0173/2012/Beschlussvorlage vom 24.04.2012: Auftragserteilung für eine kreisübergreifende Schulentwicklungsplanung für die beruflichen Schulen an die Consultingfirma Dr. Garbe & Lexis) die gemeinsame Schulentwicklungsplanung für den Rhein-Neckar-Kreis, sowie die Stadtkreise Mannheim und Heidelberg. In diese Planungen sind die Schulen eng eingebunden und somit am Entwicklungsprozess beteiligt.

Unter Berücksichtigung dieser Punkte und Aussagen sollten wir derzeit keinen Beschluss fassen und die gemeinsame Schulentwicklungsplanung abwarten, in die auch die Aspekte der staatlichen Schulverwaltung mit einfließen.

Erst aufgrund dieses gemeinsamen Schulentwicklungsplanes sollte zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden, ob an der Julius-Springer-Schule eine Wirtschaftsoberschule eingerichtet werden soll.

Wir bitten um Zustimmung.

gezeichnet

Dr. Joachim Gerner